



Niederschrift

über die Sitzung

des Stadtrates

am 08.02.2017

Anwesend

Vorsitz

Michael Ebling

Verwaltung

Günter Beck
Christopher Sitte
Kurt Merkator
Katrín Eder
Marianne Grosse

Stadtratsmitglieder

Baris Baglan
Andreas Behringer
Katharina Binz
Marc-Antonin Bleicher
Dr. Barbara Both
Nurhayat Canpolat
Dr. Matthias Dietz-Lenssen
Xander Dorn
Dr. Gerd Eckhardt
Nora Egler
Sabine Flegel
Henning Franz
Thomas Gerster
Alexandra Gill-Gers
Ursula Groden-Kranich, MdB
Klaus Hafner
Ansgar Helm-Becker
Waltraud Hingst
Dr. Brian Huck
Ruth Jaensch
Martin Kinzelbach
Daniel Köbler, MdL
Sylvia Köbler-Gross
Walter Koppius
Martina Kracht
Thorsten Lange
Myriam Lauzi
Prof. Dr. Felix Leinen
Dr. Eckart Lensch
Dr. Eleonore Lossen-Geißler
Kurt Mehler
Dr. Christian Moerchel
Dr. Claudius Moseler

Thomas Neger
Anette Odenweller
Ann Kristin Pfeifer
Dr. Christine Pohl
Jasper Proske
Wolfgang Reichel
Dr. Markus Reinbold
Uta Schmitt
Hannsgeorg Schöning
Martin Schykowski
Claudia Siebner
Norbert Solbach
Harald Strutz
Heinz-Werner Stumpf
Dr. Peter Tress
Zorlu Ünal
Christian Viering
Prof. Dr. Jürgen von Stuhr
Ute Wellstein
Cornelia Willius-Senzer, MdL
Christine Zimmer

Schriftführung

Detlef Blessing

Entschuldigt fehlen

Claus Berndroth
Johannes Klomann, MdL
Antje Kuessner
Prof. Michael Pietsch
Karin Trautwein
Sissi Westrich

Tagesordnung

a) öffentlich

TEIL I

Anfragen

1. Neuregelung des Unterhaltsvorschusses (AfD)
2. Kooperation der Stadt Mainz mit dem islamischen Moscheeverband Ditib (AfD)
3. Fehlende Informationen in der statistischen Information Stadtentwicklung 2015 die AfD betreffend (AfD)
4. Videoüberwachung im öffentlichen Raum (FDP)
5. Mitgliedschaft der Stadt Mainz in Umweltverbänden (FDP)
6. Auftrag der Stadt Mainz für Fahrdienst „Köster & Hub“ (ÖDP)
7. Gutenberg-Museum (ÖDP)
8. Rathaussanierung (ÖDP)
9. Taubertsbergbad (ÖDP)
10. Städtische Gesinnungsprüfung für Gastronomen und Äußerungen des OB gegenüber ausländischen Gästen in der Stadt Mainz (AfD-Fraktion)
11. Geschäftsbeziehungen der Stadt Mainz und stadtnaher Unternehmen zur Agentur Eventagent in Mainz (AfD-Fraktion)
12. Elektrofahrzeuge in der Stadtverwaltung und stadtnahen Betrieben und Unternehmen (AfD-Fraktion)
13. Neue Privilegien für Nutzer von Carsharing (SPD)
14. Fahrdienst Köster & Hub (SPD)
16. Überlassung von Beschäftigten der Stadtverwaltung Mainz an den Fraktionen (FW-G)
17. Schüler- und Behindertenfahrdienst (FW-G)
18. Luftreinhaltung – Einschätzung der Verwaltung zur Forderung eines Dieselfahrverbots (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

19. Nachhaltigkeit des Fuhrparkmanagements und der Fahrzeugbeschaffung der Stadt Mainz und bei stadtnahen Gesellschaften (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
20. Denkmalzone „Historischer Dorfkern Marienborn“ (ÖDP)
21. Sehenswürdigkeiten in den Mainzer Stadtteilen (ÖDP)
22. Ludwigsstraße (ÖDP)
23. Wohnbebauung Albert-Stohr-Straße (B 166) (ÖDP)
24. Bahn-Dieselnetz Südwest (ÖDP)
25. Verbesserung der "Grünen Welle" auf den Hauptverkehrsachsen in Mainz (FW-G)
26. Errichtung einer weiteren IGS in Mainz (CDU)
27. Elektrotankstellen in Mainz (CDU)
28. Hopfengarten (CDU)
29. Masernimpfung an Mainzer Schulen (CDU)
30. Obdachlose in Mainz (CDU)
31. Flüchtlinge in Mainz (CDU)
32. Sicherheitskonzept Fastnacht (CDU)
34. Pädagogische Beratung bei der Planung von Kindertagesstätten (DIE LINKE)
35. Umgang mit Verpackungen bei Schulessen (DIE LINKE)
36. Evaluation: Erzieherinnen und Erzieher aus Valencia (DIE LINKE)
37. Schulungen von KiTapersonal (DIE LINKE)
38. Abrechnungen bei Schulessen (DIE LINKE)
15. DUH-Klage (SPD)
33. Probleme bei der Mainzelbahn und im ÖPNV (CDU)
39. Fragestunde

Anträge

40. Änderung der Prioritätenliste Stadtumbau – Vorziehen der Umgestaltung der Straße Am Kronberger Hof mit Querungshilfe im Bereich Kindergarten und Philipp-von-Zabern-Platz (CDU)
41. Probleme bei der Mainzelbahn beheben – ÖPNV verbessern (CDU)
 - 41.1. Ergänzungsantrag zu Antrag 0171/2017/1 (CDU) Probleme bei der Mainzelbahn beheben – ÖPNV verbessern((ÖDP)
42. Langer Tag der StadtNatur in Mainz (ÖDP)
43. Beleuchtung des Fußweges entlang der L 427 zwischen Drais und Lerchenberg (AfD)
44. Neubau des Bürgerhauses Hechtsheim – Ortsverwaltung Hechtsheim (CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, ÖDP)
70. Anregungen der Ortsbeiräte
45. Anstrengungen zur Luftreinhaltung in Mainz intensivieren: Umrüstung des öffentlichen Fuhrparks (ÖDP)
46. Hilfe statt Hetze - Spende von Mieteinnahmen (DIE LINKE)
 - 46.1. Änderungsantrag zu 0214/2017 Die Linke (SED) Spende von Mieteinnahmen (AfD)
47. Erreichbarkeit des Kesselbergs verbessern (DIE LINKE)

TEIL II

A) Mit Stimmrecht des Vorsitzenden

48. Sachstandsberichte
49. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung vom 01.10.2014
50. Hinausschieben des Ruhestandsbeginns für Herrn Beigeordneten Kurt Merkator
51. Institutioneller Zuschuss zur JobPerspektive Mainz gGmbH
52. Schlussberichte 2012 - 2015
53. Dokumentation des Bürgerforums "Meine Stadt. Meine Ideen" vom 29.10.2016
54. Umsetzung des § 94 Abs. 3 GemO
69. Einwohnerfragestunde
55. Wirtschaftliche Beteiligungen

56. Zweckverband Tierkörperbeseitigung i. L.
57. Bürgerhausähnliche Einrichtungen - Neugestaltung der Verträge
58. Kommunales Bildungsmangagements
59. Verlagerung der Sophie-Scholl-Schule (Berufsbildende Schule II)
60. Umwandlung von Stiftungskapital der Schott-Braunrasch'schen Stiftung in Immobilienvermögen
61. Veränderungssperre "He 131-VS"
62. Veränderungssperre " O 67-VS/II" - Zweite Verlängerung
63. Bebauungsplanverfahren "B 166" (Planstufe I)
64. Bauleitplanverfahren "Neuer Quartiersplatz (N87)"
65. Bauleitplanverfahren "F 90" (Planstufe II)
66. Gutenberg-Museum
 - 66.1. Ergänzungsantrag zur Verwaltungsvorlage 0057/2017 "Gutenberg-Museum - Vorstellung der Vorplanung" (CDU)
67. Übertragung des Fastnachtsarchivs an den Förderverein Mainzer Fastnachtmuseum e.V.

B) Ohne Stimmrecht des Vorsitzenden

68. Besetzung von Ausschüssen und sonstigen Gremien

b) nicht öffentlich

71. Personalangelegenheiten
72. Aufnahme eines Investitionsdarlehens über 38 Mio. Euro
73. Grundstücksangelegenheiten
6. Auftrag der Stadt Mainz für Fahrdienst „Köster & Hub“ (ÖDP)

Der Vorsitzende eröffnet um 15:00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nimmt der Vorsitzende die Einführung der beiden neuen Ratsmitglieder, Dr. Matthias Dietz-Lenssen (SPD) für Amin Kondakji und Martin Schykowski (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) für Dr. Sabine Littig vor.

Eine Verpflichtung ist nicht erforderlich, da beide Herren bereits als Ortsbeiratsmitglieder verpflichtet sind.

Neue Fassungen wurden zu den Tagesordnungspunkten 28, 33 und 58 vorgelegt. Änderungs- bzw. Ergänzungsanträge gibt es zu den Punkten 41, 46 und 66. Von den Fraktionen der CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und ÖDP wurde ein gemeinsamer Antrag (Nr. 0210/2017/1) vorgelegt, der die Anträge Nr. 0201/2017 (CDU) und Nr. 0210/2017 (Ampel) ersetzt.

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE (Tagesordnungspunkt 46) wurde zurückgezogen, so dass dieser Punkt von der Tagesordnung abzusetzen ist. Für die Behandlung des Änderungsantrages der AfD gibt es somit keine Beratungsgrundlage mehr. Einwendungen hierzu werden nicht erhoben.

Ebenfalls abgesetzt wird Tagesordnungspunkt 48.2 (Sachstandsbericht).

In die Tagesordnung aufgenommen wird Tagesordnungspunkt 68.2 (Ergänzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten).

Eine nichtöffentliche Teilantwort (Tagesordnungspunkt 6) wird am Ende des nichtöffentlichen Teils aufgerufen.

Herr Dr. Moseler beantragt, die Tagesordnungspunkte 44 und 70 gemeinsam zu beraten. Der Stadtrat ist hiermit – einschließlich der vorstehenden Tagesordnungsänderungen – einverstanden.

Sodann erfolgt der Eintritt in die Tagesordnung.

öffentlich

TEIL I

Anfragen

Punkt 1 **Neuregelung des Unterhaltsvorschusses (AfD)**
Vorlage: 1758/2016

Zur vorliegenden Antwort stellt Herr Stumpf zwei Zusatzfragen:

1. Welche Steuerungsmöglichkeiten sieht die Verwaltung, um die Rückholquoten von 19% zu erhöhen?
2. Welche Möglichkeit sieht die Verwaltung, um durch die gesetzliche Neuregelung ein Einsparpotential zu generieren.

Herr Beigeordneter Merkator teilt hierzu mit, dass – sofern das Gesetz so verabschiedet werde wie vorgesehen – zusätzliches Personal erforderlich werde, was eher zu einer Erhöhung der Kosten führe als dass Einsparpotential generiert werden könne. Allerdings könnte dann auch die Rückholquote erhöht werden.

Punkt 2 **Kooperation der Stadt Mainz mit dem islamischen Moscheeverband Ditib (AfD)**
Vorlage: 1759/2016

Die Antwort von Herrn Oberbürgermeister Ebling liegt vor. Herr Stumpf fragt nach, wie die Kooperation mit diesem Verein aussehe und warum die Stadt Mainz die Entscheidung der Landesregierung ignoriere, nicht mehr mit Ditib zu verhandeln.

Herr Oberbürgermeister Ebling teilt hierzu mit, dass eine Zusammenarbeit im Rahmen der Interkulturellen Woche erfolge (Stand und/oder Veranstaltung). Insofern handele es sich – im Gegensatz zur Landesregierung – um eine andere Kooperation. Inwieweit dies auch in Zukunft in dieser Weise stattfinde, könne zum jetzigen Zeitpunkt nicht gesagt werden, da die Interkulturelle Woche jedes Jahr neu geplant werde.

Punkt 3 **Fehlende Informationen in der statistischen Information Stadtentwicklung 2015 die AfD betreffend (AfD)**
Vorlage: 1760/2016

Auf Nachfrage von Herrn Stumpf, ob das Versäumnis politisch motiviert gewesen sei oder ob es sich lediglich um ein Versehen gehandelt habe, erklärt der Vorsitzende, dass es in der Tat nur ein Versehen gewesen sei – was auch eingeräumt worden sei. Er verwahre sich ausdrücklich gegen die Unterstellung, es sei politisch motiviert gewesen.

Punkt 4 **Videoüberwachung im öffentlichen Raum (FDP)**
Vorlage: 0113/2017

Ohne Zusatzfragen nimmt der Stadtrat die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

Punkt 5 **Mitgliedschaft der Stadt Mainz in Umweltverbänden (FDP)**
Vorlage: 0114/2017

Auf Zusatzfrage von Herrn Koppius, ob die Stadt Mainz Mitglied im Bündnis "Nix in den Mainzer Sand setzen" sei und wie hoch der Beitrag hierfür sei, erläutert Frau Beigeordnete Eder, dass die Stadt Mitglied sei, jedoch kein Mitgliedsbeitrag erhoben werde.

Punkt 6 **Auftrag der Stadt Mainz für Fahrdienst „Köster & Hub“ (ÖDP)**
Vorlage: 0170/2017

Der öffentliche Teil der Antwort wird ohne Zusatzfragen zur Kenntnis genommen.

Punkt 7 **Gutenberg-Museum (ÖDP)**
Vorlage: 0172/2017

Herr Dr. Moseler zeigt sich überrascht, dass nicht von Beginn an Zuschüsse beantragt worden seien, gerade da sich die Stadt Mainz in einer prekären Haushaltslage befinde. Zum anderen fragt er nach, wieso die Denkmalbehörde bei der Formulierung des Auslobungstextes nicht beteiligt gewesen sei.

Frau Beigeordnete Grosse erläutert, dass der 1. Bauabschnitt komplett durchfinanziert sei und es erst für den 2. Bauabschnitt vorgesehen sei, Zuschussmittel, Sponsoring und andere Finanzierungsmöglichkeiten zu generieren. Zur zweiten Frage erklärt sie, dass der Fachbehörde alle drei prämierten Entwürfe genehm gewesen seien und somit eine Beteiligung nicht erforderlich gewesen sei.

Punkt 8 **Rathausanierung (ÖDP)**
Vorlage: 0174/2017

Zu der von Herrn Oberbürgermeister Ebling vorgelegten Antwort werden keine Zusatzfragen gestellt.

Punkt 9 **Taubertsbergbad (ÖDP)**
Vorlage: 0175/2017

Die Anfrage wurde von Herrn Bürgermeister Beck beantwortet. Zusatzfragen gibt es keine.

Punkt 10 **Städtische Gesinnungsprüfung für Gastronomen und Äußerungen des OB gegenüber ausländischen Gästen in der Stadt Mainz (AfD-Fraktion)**
Vorlage: 0176/2017

Zur vorliegenden Antwort stellt Herr Stumpf die Zusatzfrage, warum gegen das falsche Zitieren des Oberbürgermeisters seitens der AZ nicht interveniert worden sei. Herr Oberbürgermeister Ebling erklärt, dass er durch die AZ nicht falsch zitiert worden sei.

Punkt 11 **Geschäftsbeziehungen der Stadt Mainz und stadtnaher Unternehmen zur Agentur Eventagent in Mainz (AfD-Fraktion)**
Vorlage: 0177/2017

Zu der von Herrn Beigeordneten Sitte vorgelegten Antwort werden keine Zusatzfragen gestellt.

Punkt 12 **Elektrofahrzeuge in der Stadtverwaltung und stadtnahen Betrieben und Unternehmen (AfD-Fraktion)**
Vorlage: 0178/2017

Ohne Zusatzfragen nimmt der Stadtrat die Antwort des Oberbürgermeisters zur Kenntnis.

Punkt 13 **Neue Privilegien für Nutzer von Carsharing (SPD)**
Vorlage: 0185/2017

Frau Dr. Pohl fragt nach, ob es – und ggf. wie viele – Elektrofahrzeuge bei Book „n“ Drive gäbe und ob man ggf. auf die Firma einwirken könne, Elektrofahrzeuge anzubieten.

Frau Beigeordnete Eder erwidert, dass zurzeit nicht ausreichend Ladesäulen zur Verfügung stünden. Sobald sich die Infrastruktur in dieser Hinsicht verbessert habe, werde mit der Firma das Gespräch gesucht.

Punkt 14 **Fahrdienst Köster & Hub (SPD)**
Vorlage: 0186/2017

Zu der von Herrn Beigeordneten Merkator vorgelegten Antwort werden keine Zusatzfragen gestellt.

Punkt 16 **Überlassung von Beschäftigten der Stadtverwaltung Mainz an den Fraktionen (FW-G)**
Vorlage: 0206/2017

Ohne Zusatzfragen nimmt der Stadtrat die Antwort des Herrn Oberbürgermeisters zur Kenntnis.

Punkt 17 **Schüler- und Behindertenfahrdienst (FW-G)**
Vorlage: 0207/2017

Zu der Antwort von Herrn Beigeordneten Merkator zu Frage 3 fragt Herr Mehler nach, wieso sich die Verwaltung nicht direkt um die Beschwerden kümmere.

Herr Beigeordneter Merkator erläutert, dass sich die Schule bei schwerwiegenden Problemen automatisch an die Verwaltung wende, kleinere Beschwerden regelten diese jedoch selbst. Eine konkrete Statistik bestehe hierzu nicht.

Punkt 18 **Luftreinhaltung – Einschätzung der Verwaltung zur Forderung eines Diesel-fahrverbots (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Vorlage: 0212/2017

Zu der von Frau Beigeordneter Eder vorgelegten Antwort werden keine Zusatzfragen gestellt.

Punkt 19 **Nachhaltigkeit des Fuhrparkmanagements und der Fahrzeugbeschaffung der Stadt Mainz und bei stadtnahen Gesellschaften (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Vorlage: 0213/2017

Der Stadtrat nimmt die Antwort von Herrn Oberbürgermeister Ebling ohne Zusatzfragen zur Kenntnis.

Punkt 20 **Denkmalzone „Historischer Dorfkern Marienborn“ (ÖDP)**
Vorlage: 0218/2017

Herr Dr. Moseler bedankt sich für die Beantwortung der Anfrage, zumal eine gleichlautende Anfrage im Ortsbeirat Mainz-Marienborn noch nicht beantwortet sei. Er bittet um Mitteilung, warum eine Beantwortung im Ortsbeirat bisher noch nicht erfolgt sei.

Frau Beigeordnete Grosse wirbt um Verständnis, da die Personaldecke in der Unteren Landespflegebehörde sehr dünn sei und sich dies durch Krankheitsfälle noch verschlimmert habe. Sie gehe jedoch davon aus, dass die positive Antwort dem Wunsch des Ortsbeirates entgegen komme.

Punkt 21 **Sehenswürdigkeiten in den Mainzer Stadtteilen (ÖDP)**
Vorlage: 0222/2017

Zu der von Herrn Beigeordneten Sitte vorgelegten Antwort gibt es keine Zusatzfragen.

Punkt 22 **Ludwigsstraße (ÖDP)**
Vorlage: 0223/2017

Zur vorliegenden Antwort zu Frage 2 bittet Herr Dr. Moseler um Mitteilung über den Grund der Verzögerungen.

Herr Oberbürgermeister Ebling erklärt, dass der Eigentümer der Karstadt-Immobilie noch nicht wisse, wie er weiter vorgehen wolle.

Punkt 23 **Wohnbebauung Albert-Stohr-Straße (B 166) (ÖDP)**
Vorlage: 0224/2017/1

Herr Dr. Moseler fragt nach, welche vertraglichen Regelungen gemeint seien, die der Bauleitplanung widersprüchen.

Frau Beigeordnete Grosse teilt mit, dass die Verwaltung sicherstellen müsse, dass das öffentliche Recht – die Bauleitplanung – so hergestellt werde, dass Normenkontrollverfahren entgegen gewirkt werden könne.

Punkt 24 **Bahn-Dieselnetz Südwest (ÖDP)**
Vorlage: 0226/2017

Ohne Zusatzfragen nimmt der Stadtrat die Antwort von Frau Beigeordneter Eder zur Kenntnis.

Punkt 25 **Verbesserung der "Grünen Welle" auf den Hauptverkehrsachsen in Mainz (FW-G)**
Vorlage: 0227/2017

Zur vorliegenden Antwort erklärt Herr Mehler, dass nach seiner Beobachtung eine Grüne Welle, zum Beispiel auf der Rheinstraße/Rheinallee, überhaupt nicht nachvollzogen werden könne.

Frau Eder entgegnet hierzu, dass es sich bei dieser Strecke um ein höchst komplexes Verkehrssystem handle, das durch verschiedene Faktoren – Einmündungen von Seitenstraßen, Fußgängerströme, ÖPNV-Beschleunigungen u. a. – beeinträchtigt werde, so dass eine Grüne Welle in „Reinkultur“ überhaupt nicht möglich sei.

Punkt 26 **Errichtung einer weiteren IGS in Mainz (CDU)**
Vorlage: 0228/2017

Herr Solbach stellt zu der vorliegenden Antwort zwei Zusatzfragen:

1. Beantragt die Stadt Mainz eine vierte IGS, obwohl dies nicht den Richtlinien entspricht?
2. Gibt es Zusagen der Aufsichtsbehörde, dass die Richtlinien nicht zur Anwendung kommen?

Herr Beigeordneter Merkator antwortet hierzu, dass die Stadt Mainz eine weitere IGS beantrage, um dem Elternwillen zu entsprechen. Man werde jedoch versuchen, den Richtlinien entsprechend zu agieren. Die zweite Frage wird verneint.

Punkt 27 **Elektrotankstellen in Mainz (CDU)**
Vorlage: 0229/2017

Eine Zusatzfrage von Herrn Gerster, ob die Verwaltung bereit sei, über das Ergebnis der Gespräche zu informieren, wird bejaht.

Punkt 28 **Hopfengarten (CDU)**
Vorlage: 0230/2017

Zu der von Frau Beigeordneter Eder vorgelegten Antwort fragt Herr Dr. Eckhardt nach, ob es wirksamere Methoden gäbe – beispielsweise versenkbare Poller –, um das Parken auf dieser Fläche zu erschweren.

Frau Beigeordnete Eder antwortet hierzu, dass durch intensive Überwachungsmaßnahmen das illegale Parken mittlerweile deutlich eingeschränkt sei. Was die versenkbaren Poller angehe, so sei dies an allen Stellen wünschenswert, sie kämen jedoch durch die hohen Kosten an dieser Stelle nicht zum Zuge.

Punkt 29 **Masernimpfung an Mainzer Schulen (CDU)**
Vorlage: 0231/2017

Zu der von Herrn Beigeordneten Merkator vorgelegten Antwort werden keine Zusatzfragen gestellt.

Punkt 30 **Obdachlose in Mainz (CDU)**
Vorlage: 0232/2017

Ohne Zusatzfragen nimmt der Stadtrat von der Antwort von Herrn Beigeordneten Merkator Kenntnis.

Punkt 31 **Flüchtlinge in Mainz (CDU)**
Vorlage: 0233/2017

Die Antwort von Herrn Beigeordneten Merkator liegt vor. Zusatzfragen werden nicht gestellt.

Punkt 32 **Sicherheitskonzept Fastnacht (CDU)**
Vorlage: 0234/2017

Die Anfrage wurde von Herrn Beigeordneten Sitte beantwortet. Zusatzfragen gibt es keine.

Punkt 34 **Pädagogische Beratung bei der Planung von Kindertagesstätten (DIE LINKE)**
Vorlage: 0236/2017

Ohne Zusatzfragen nimmt der Stadtrat von der Antwort von Herrn Beigeordneten Merkator Kenntnis.

Punkt 35 **Umgang mit Verpackungen bei Schulessen (DIE LINKE)**
Vorlage: 0237/2017

Herr Proske fragt nach, ob die Kosten der Entsorgung durch die Entsorgungsbetriebe beziffert werden könnten. Herr Oberbürgermeister Ebling sagt zu, dass geprüft werde, ob dies möglich sei.

Punkt 36 **Evaluation: Erzieherinnen und Erzieher aus Valencia (DIE LINKE)**
Vorlage: 0238/2017

Zu der von Herrn Oberbürgermeister Ebling vorgelegten Antwort werden keine Zusatzfragen gestellt.

Punkt 37 **Schulungen von KiTapersonal (DIE LINKE)**
Vorlage: 0239/2017

Die Anfrage wurde von Herrn Beigeordneten Merkator beantwortet. Zusatzfragen gibt es keine.

Punkt 38 **Abrechnungen bei Schulessen (DIE LINKE)**
Vorlage: 0240/2017

Die Antwort von Herrn Beigeordneten Merkator wird ohne Zusatzfragen zur Kenntnis genommen.

Punkt 15 **DUH-Klage (SPD)**
Vorlage: 0190/2017

Die Antwort von Frau Beigeordneter Eder liegt vor. Zusatzfragen gibt es keine.

An der beantragten aktuellen halben Stunde nehmen Herr Bleicher (SPD), Herr Solbach (CDU), Frau Wellstein (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Herr Koppius (FDP), Herr Dr. Moseler (ÖDP) sowie Frau Beigeordnete Eder teil.

Punkt 33 **Probleme bei der Mainzelbahn und im ÖPNV (CDU)**
Vorlage: 0235/2017

Frau Flegel fragt nach, ob die beiden Unfälle auf fehlerhafte Ampelschaltungen zurückzuführen gewesen seien und ob die Verwaltung die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer für gewährleistet halte.

Frau Beigeordnete Eder erläutert, dass keine fehlerhafte Ampelschaltungen, sondern Fehlverhalten von Verkehrsteilnehmern für die Unfälle verantwortlich gewesen seien. Die Verwaltung halte die Sicherheit für gewährleistet.

An der beantragten aktuellen halben Stunde beteiligen sich Frau Siebner (CDU), Frau Dr. Pohl (SPD), Herr Helm-Becker (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Herr Koppius (FDP), Herr Dr. Moseler (ÖDP) sowie Frau Beigeordnete Eder.

Punkt 39 **Fragestunde**

Fragen einzelner Ratsmitglieder wurden nicht eingereicht.

Anträge

Punkt 40 **Änderung der Prioritätenliste Stadtumbau – Vorziehen der Umgestaltung der Straße Am Kronberger Hof mit Querungshilfe im Bereich Kindergarten und Philipp-von-Zabern-Platz (CDU)**
Vorlage: 1743/2016

Für die CDU-Fraktion begründet Herr Dr. Eckhardt den Antrag. In seiner Stellungnahme für die SPD beantragt Herr Franz Überweisung an den zuständigen Ausschuss. Diesem Antrag schließt sich Herr Dr. Huck für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Herr Strutz für die FDP an. Nach einem Schlusswort von Herrn Dr. Eckhardt nimmt Frau Beigeordnete Grosse für die Verwaltung Stellung.

Am Ende der Aussprache beschließt der Stadtrat einstimmig die Überweisung des Antrages an den Bau- und Sanierungsausschuss.

Punkt 41 **Probleme bei der Mainzelbahn beheben – ÖPNV verbessern (CDU)**
Vorlage: 0171/2017/1

Punkt 41.1 **Ergänzungsantrag zu Antrag 0171/2017/1 (CDU) Probleme bei der**
Mainzelbahn beheben – ÖPNV verbessern (ÖDP)
Vorlage: 0171/2017/2

Nach Aufruf dieses Tagesordnungspunktes weist der Vorsitzende nochmals darauf hin, dass die laufende Nr. 3 des Antrages und damit auch der Punkt 3 des Ergänzungsantrages unzulässig sind und deshalb nicht zur Abstimmung stehen. Der Antrag der CDU wird sodann von Herrn Gerster, der Ergänzungsantrag der ÖDP von Herrn Dr. Moseler begründet. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nimmt Herr Helm-Becker Stellung; Stadtratsmitglied Dorn beantragt Überweisung beider Anträge an den Verkehrsausschuss. Nach weiteren Ausführungen von Frau Flegel sowie einer kurzen Stellungnahme durch Frau Beigeordnete Eder für die Verwaltung ruft der Vorsitzende zur Abstimmung auf.

Der Stadtrat überweist sodann beide Anträge in den Verkehrsausschuss zur weiteren Beratung.

Punkt 42 **Langer Tag der StadtNatur in Mainz (ÖDP)**
Vorlage: 0187/2017

Nach der Begründung des ÖDP-Antrages durch Herrn Prof. Leinen erklären Herr Solbach (CDU), Herr Bleicher (SPD), Herr Lange (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Frau Willius-Senzer (FDP), dass dem Antrag nicht zugestimmt werden könne.

Nach kurzer Stellungnahme durch Frau Beigeordnete Eder lehnt der Stadtrat den Antrag mehrheitlich ab.

Punkt 43 **Beleuchtung des Fußweges entlang der L 427 zwischen Drais und Lerchen-**
berg (AfD-Fraktion)
Vorlage: 0197/2017

Nach der Begründung des AfD-Antrages durch Herrn Prof. von Stuhr erklärt Herr Solbach, dass dem Antrag nicht zugestimmt werden könne.

Nach kurzer Stellungnahme von Frau Beigeordneter Grosse wird der Antrag gegen die Stimmen der AfD mit großer Mehrheit abgelehnt.

Punkt 44 **Neubau des Bürgerhauses Hechtsheim – Ortsverwaltung Hechtsheim**
(CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, ÖDP)
Vorlage: 0210/2017/1

Punkt 70 **Anregungen der Ortsbeiräte;**
hier: Antrag des Ortsbeirates Mainz-Hechtsheim zur Prüfung, Konzeption
und Herstellung einer Barrierefreiheit für die Ortsverwaltung
Mainz-Hechtsheim

Der gemeinsame Antrag wird von Frau Groden-Kranich (CDU), Frau Dr. Pohl (SPD), Herrn Helm-Becker (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Herrn Strutz (FDP) und Herrn Prof. Leinen (ÖDP) begründet. Für die Fraktion DIE LINKE beantragt Herr Proske, die vier Punkte des Antrages einzeln abzustimmen. Herr Ortsvorsteher Jung begründet den Antrag (Tagesordnungspunkt 70) für den Ortsbeirat Mainz-Hechtsheim. Nach Stellungnahme von Herrn Bürgermeister Beck ruft der Vorsitzende zur Abstimmung auf.

Die Ziffern 1, 2 und 4 des gemeinsamen Antrages werden einstimmig beschlossen; bei Ziffer 3 stimmt die Fraktion DIE LINKE dagegen.

Der Antrag des Ortsbeirates ist erledigt, da er in dem gemeinsamen Antrag enthalten ist.

Punkt 45 **Anstrengungen zur Luftreinhaltung in Mainz intensivieren: Umrüstung des**
öffentlichen Fuhrparks (ÖDP)
Vorlage: 0204/2017/1

Für die ÖDP-Fraktion begründet Herr Dr. Moseler den Antrag. In den Stellungnahmen von Herrn Solbach für die CDU, Frau Dr. Pohl für die SPD, Herrn Lange für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Herrn Koppius für die FDP wird jeweils Überweisung in den Fachausschuss beantragt.

Einstimmig überweist der Stadtrat sodann den Antrag in den Verkehrsausschuss zur weiteren Beratung.

Punkt 46 **Hilfe statt Hetze - Spende von Mieteinnahmen (DIE LINKE)**
Vorlage: 0214/2017

Punkt 46.1 **Änderungsantrag zu 0214/2017 Die Linke (SED) Spende von Mieteinnahmen**
(AfD-Fraktion)
Vorlage: 0253/2017

Der Antrag wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen. Der Tagesordnungspunkt wurde – einschließlich des Änderungsantrages – abgesetzt.

Punkt 47 **Erreichbarkeit des Kesselbergs verbessern (DIE LINKE)**
Vorlage: 0216/2017

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE wird von Xander Dorn begründet. Für die CDU-Fraktion nimmt Herr Gerster Stellung und beantragt Überweisung in den Fachausschuss. Nach weiteren Stellungnahmen von Frau Dr. Pohl (SPD), Frau Pfeifer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Herrn Koppius (FDP) sowie Frau Beigeordneter Eder für die Verwaltung spricht Stadtratsmitglied Dorn das Schlusswort.

Die Überweisung des Antrages wird mehrheitlich abgelehnt. Bei der Abstimmung in der Sache wird der Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt.

TEIL II

A) Mit Stimmrecht des Vorsitzenden

Punkt 48 **Sachstandsberichte**

Punkt 48.1 **Sachstandsbericht zu den Anträgen 0034/2009 BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN;**
hier: Mainzer Schulen inklusiv gestalten
0704/2014 SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP;
hier: Gemeinsam lernen - Mainzer Schulen inklusiv entwickeln
Vorlage: 1721/2016

Der Stadtrat nimmt den Sachstand zur Kenntnis und erklärt die Anträge für erledigt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 11.01.2017.

Punkt 48.2 **Barrierefreier Ausbau und verkehrliche Neuordnung der Schöffersstraße und**
Johannisstraße bis Bischofsplatz
Vorlage: 0137/2017

Dieser Punkt wurde vor Eintritt in die Tagesordnung abgesetzt.

Punkt 48.3 **Sachstandsbericht zu Antrag 0257/2012 von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN;**
hier: "Mainz fahrradfreundlich"
Vorlage: 0126/2017

Der Stadtrat erklärt den Antrag 0257/2012 einstimmig für erledigt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 01.02.2017.

Punkt 49 **Satzung zur Änderung der Hauptsatzung vom 01.10.2014**
Vorlage: 1517/2016

Der Stadtrat beschließt ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen die Änderungssatzung zur Hauptsatzung.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 11.01.2017.

Punkt 50 **Hinausschieben des Ruhestandsbeginns für Herrn Beigeordneten Kurt**
Merkator
Vorlage: 0048/2017

Der Stadtrat beschließt mit Mehrheit (eine Gegenstimme, vier Enthaltungen) den Eintritt in den Ruhestand von Herrn Beigeordneten Kurt Merkator gemäß § 183 Absatz 2 Landesbeamtengesetz, in der hierfür gültigen Fassung, bis zum 1. Juli 2017 hinauszuschieben.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 12.01.2017.

Beigeordneter Merkator nahm an der Beratung und Beschlussfassung gemäß § 22 GemO nicht teil.

Punkt 51 **Institutioneller Zuschuss zur JobPerspektive Mainz gGmbH**
Vorlage: 0071/2017

Der Stadtrat beschließt einstimmig einen institutionellen Zuschuss an die JobPerspektive Mainz gGmbH i. H. v. 60.000 Euro pro Jahr ab dem 01.01.2017.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 13.01.2017.

Punkt 52 **Schlussberichte 2012 - 2015**
Vorlage: 1655/2016

Der Stadtrat nimmt die Schlussberichte 2012-2015 des Revisionsamtes zur Kenntnis.

Gegenstand der Beratung ist die Verwaltungsvorlage vom 23.11.2016.

Herr Schönig gibt zu Protokoll, dass er die Beschlussvorlage zwar nicht unterschrieben habe, jedoch mit dem Inhalt einverstanden sei.

Punkt 53 **Betreff:**
Dokumentation des Bürgerforums "Meine Stadt. Meine Ideen" vom
29.10.2016
Vorlage: 1712/2016

Der Stadtrat nimmt die Dokumentation zum Bürgerforum "Meine Stadt. Meine Ideen." vom 29.10.2016 zur Kenntnis.

Gegenstand der Beratung ist die Verwaltungsvorlage vom 24.11.2016.

Punkt 54 **Umsetzung des § 94 Abs. 3 GemO;**
hier: Einwerbung, Entgegennahme und Vermittlung von Sponsoringleistungen, Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen
Vorlage: 0046/2017

Einstimmig beschließt der Stadtrat:

Die vorgelegte Liste für das Jahr 2016 und 2017 wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Der Annahme der folgenden Zuwendungen 0120/2016, 0121/2016, 0122/2016, 0124/2016, 0125/2016, 0129/2016 aus 2016 und 0001/2017 wird zugestimmt, da die Wertgrenze von 3.000 Euro überschritten wurde.

Erst nach der Unbedenklichkeitserklärung durch die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion kann die Kenntnisnahme und Zustimmung der Zuwendungen/Sponsoringleistungen in Kraft treten.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 25.01.2017.

Punkt 69 **Einwohnerfragestunde**

Von den anwesenden Einwohnerinnen und Einwohnern werden keine Fragen gestellt.

Punkt 55 **Wirtschaftliche Beteiligungen**

Punkt 55.1 **Wirtschaftliche Beteiligungen: Rheingoldhalle Verwaltungs-GmbH;**
hier: Jahresabschluss zum 31.12.2015
Vorlage: 1717/2016

Der Stadtrat beschließt einstimmig – bei zwei Enthaltungen –:

1. die Feststellung des Jahresabschlusses der Rheingoldhalle Verwaltungs-GmbH für das Geschäftsjahr 2015 mit einer Bilanzsumme i. H. v. 51.948,07 € und einem Jahresüberschuss i. H. v. 2.122,59 €,
2. den Ergebnisverwendungsvorschlag, den Jahresüberschuss 2015 in Höhe von 2.122,59 € auf neue Rechnung vorzutragen,
3. die Entlastung der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2015,
4. den Prüfbericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft CONCEPT Renkes & Partner mbB über die Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2015.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 17.01.2017.

Punkt 55.2 **Wirtschaftliche Beteiligungen: Rheingoldhalle GmbH & Co. KG;**
hier: Jahresabschluss zum 31.12.2015
Vorlage: 1718/2016

Der Stadtrat beschließt einstimmig – bei zwei Enthaltungen –:

1. die Feststellung des Jahresabschlusses der Rheingoldhalle GmbH & Co. KG für das Geschäftsjahr 2015 mit einer Bilanzsumme i. H. v. 11.072.837,98 € und einem Jahresüberschuss i. H. v. 122.386,93 €,
2. die Verrechnung des Jahresüberschuss 2015 in Höhe von 122.386,93 € mit den variablen Kapitalkonten der Kommanditisten (Verbindlichkeitskonten),
3. die Entlastung der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2015,
4. den Prüfbericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft CONCEPT Renkes & Partner mbB über die Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2015.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 17.01.2017.

Punkt 55.3 **Wirtschaftliche Beteiligungen, Zentrale Beteiligungsgesellschaft der Stadt Mainz mbH;**
hier: Wirtschaftsplan 2017
Vorlage: 1748/2016

Der Stadtrat beschließt mit Mehrheit – bei einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen –:

Dem Wirtschaftsplan der Zentrale Beteiligungsgesellschaft der Stadt Mainz mbH für das Jahr 2017 wird zugestimmt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 25.01.2017.

Punkt 55.4 **Wirtschaftliche Beteiligungen, mainzplus CITYMARKETING GmbH;**
hier: Wirtschaftsplan 2017
Vorlage: 1751/2016

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich (zwei Gegenstimmen, zwei Enthaltungen):

Dem Wirtschaftsplan der mainzplus CITYMARKETING GmbH für das Jahr 2017 wird zugestimmt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 25.01.2017.

Punkt 55.5 **Wirtschaftliche Beteiligungen; Bericht**
hier: Beteiligungsbericht 2016 der Stadt Mainz
Vorlage: 0012/2017

Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2016 der Stadt Mainz zur Kenntnis.

Gegenstand der Beratung ist die Verwaltungsvorlage vom 25.01.2017.

Punkt 55.6 **Wirtschaftliche Beteiligungen: TechnologieZentrum Mainz GmbH;**
hier: Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2017
Vorlage: 0038/2017

Der Stadtrat stimmt dem Wirtschaftsplan der TZM für das Wirtschaftsjahr 2017 einstimmig – bei zwei Enthaltungen – zu.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 25.01.2017.

Punkt 55.7 **Wirtschaftliche Beteiligungen: Grundstücksverwaltungsgesellschaft der Stadt Mainz mbH;**
hier: Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2017
Vorlage: 0037/2017

Der Stadtrat stimmt dem Wirtschaftsplan der GVG für das Wirtschaftsjahr 2017 einstimmig – bei zwei Enthaltungen – zu.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 25.01.2017.

Punkt 55.8 **Wirtschaftliche Beteiligungen; Jobperspektive Mainz gGmbH;**
hier: Wirtschaftsplan 2017
Vorlage: 0047/2017

Der Stadtrat beschließt einstimmig – bei zwei Enthaltungen –:

Dem Wirtschaftsplan der Jobperspektive Mainz gGmbH für das Wirtschaftsjahr 2017 wird zugestimmt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 25.01.2017.

Punkt 55.9 **Wirtschaftliche Beteiligungen; Mainzer Alten- und Wohnheime gGmbH (MAW);**
hier: Wirtschaftsplan 2017
Vorlage: 0051/2017

Der Stadtrat beschließt einstimmig – bei zwei Enthaltungen –:

Dem Wirtschaftsplan der Mainzer Alten- und Wohnheime gGmbH für das Wirtschaftsjahr 2017 wird zugestimmt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 25.01.2017.

Punkt 55.10 **Wirtschaftliche Beteiligungen, Mainzer Bürgerhäuser GmbH & Co. KG;**
Bestellung eines/r Abschlussprüfers/in
Vorlage: 0060/2017

Der Stadtrat beschließt einstimmig (zwei Enthaltungen) die Bestellung der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Erthalstraße 1, 55118 Mainz, zur Prüfung der Jahresabschlüsse 2016 der Mainzer Bürgerhäuser GmbH & Co. KG und der Mainzer Bürgerhäuser Verwaltungsgesellschaft mbH.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 25.01.2017.

Punkt 56 **Zweckverband Tierkörperbeseitigung i. L.;**
Auflösung der Gesamthandeigentümerschaft nach § 6 Abs. 2 AGTierNebG
Vorlage: 0015/2017

Der Stadtrat beschließt ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen:

1. Das Gesamthand Eigentum an den in § 6 Abs. 2 Landesgesetz zur Ausführung des Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetzes (AGTierNebG) vom 19.08.2014 (GVBl. S. 191-7831.1) näher bezeichneten Grundstücken wird aufgelöst.
2. Das Eigentum an den in § 6 Abs. 2 AGTierNebG näher bezeichneten Grundstücken wird auf den Altlastenzweckverband Tierische Nebenprodukte kostenfrei übertragen.
3. Der Stadtrat stimmt vorbehaltlich einer Einigung des Altlastenzweckverbandes mit den entsorgungspflichtigen Gebietskörperschaften des Landes Rheinland-Pfalz über eine Mitgliedschaft im Altlastenzweckverband deren Aufnahme zu.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 17.01.2017.

Punkt 57 **Bürgerhausähnliche Einrichtungen - Neugestaltung der Verträge**
Vorlage: 1632/2016

Der Stadtrat beschließt einstimmig, neue Verträge zwischen der Stadt Mainz und den Träger-Vereinen der bürgerhausähnlichen Einrichtungen abzuschließen.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 13.01.2017.

Punkt 58 **Umsetzung der Handlungsempfehlungen zum Aufbau eines kommunalen**
Bildungsmanagements in der Landeshauptstadt Mainz
Vorlage: 0008/2017/1

Der Stadtrat stimmt einstimmig, nach Vorberatung in den zuständigen Gremien, der Umsetzung der Handlungsempfehlungen zum Aufbau eines kommunalen Bildungsmanagements zu.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 31.01.2017.

Punkt 59 **Verlagerung der Sophie-Scholl-Schule (Berufsbildende Schule II)**
Vorlage: 1753/2016

Der Stadtrat beschließt ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen, dass die Sophie-Scholl-Schule (BBS II) angesichts der steigenden Schülerzahlen in den Innenstadtschulen in einen zu erstellenden Ersatzneubau auf dem Gelände der ehemaligen Fachhochschule "An der Bruchspitze" in Mainz-Gonsenheim verlagert wird. Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Land die Verhandlungen über einen Erwerb des Grundstückes aufzunehmen.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 11.01.2017.

Punkt 60 **Umwandlung von Stiftungskapital der Schott-Braunrasch'schen Stiftung in Immobilienvermögen**
Vorlage: 1612/2016

Der Stadtrat beschließt mit Mehrheit (vier Gegenstimmen), das Stiftungsvermögen der Schott-Braunrasch'schen Stiftung in Immobilienbesitz umzuwandeln, um eine nennenswerte Rendite aus der Stiftung zu erwirtschaften. Für den Erwerb von insgesamt fünf Studenten-Doppelappartements wird der Stiftung gestattet, bis zu 1 Mio. Euro aus ihrem Stiftungsvermögen zu investieren.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 15.11.2016.

Punkt 61 **Veränderungssperre "He 131-VS"**
Veränderungssperre für den Bereich des Bebauungsplanentwurfs "Alte Mainzer Straße (He 131)"; Satzung "He 131-VS";
hier: Beschluss der Veränderungssperre als Satzung gemäß § 16 BauGB
i. V. m. § 14 BauGB
Vorlage: 1744/2016

Der Stadtrat beschließt einstimmig gemäß § 16 BauGB in Verbindung mit § 14 BauGB für den Bereich des Bebauungsplanentwurfes "Alte Mainzer Straße (He 131)" die Veränderungssperre als Satzung "He 131-VS".

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 17.01.2017.

Punkt 62 **Zweite Verlängerung der Veränderungssperre für den Bereich des Bebauungsplanentwurfes "Backhaushohl / Römersteine (O 67)"; Satzung "O 67-VS/II";**
hier: Beschluss gem. §§ 16 und 17 i. V. m. § 14 BauGB
Vorlage: 0007/2017

Der Stadtrat beschließt ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen gemäß §§ 16 und 17 i. V. m. § 14 BauGB für den Bereich des Bebauungsplanentwurfes "Backhaushohl / Römersteine (O 67)" die zweite Verlängerung der Veränderungssperre als Satzung "O 67-VS/II".

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 17.01.2017.

Punkt 63 **Bebauungsplanverfahren "B 166" (Planstufe I)**
Bebauungsplanverfahren "Albert-Stohr-Straße (B 166)" - Planstufe I;
hier: - Durchführung des Bauleitplanverfahrens im beschleunigten
Verfahren gem. § 13a BauGB
- Vorlage in Planstufe I
- Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit
gem. § 3 (1) BauGB
- Verzicht auf die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen
Träger öffentlicher Belange
- Durchführung der Behördenbeteiligung
Vorlage: 0010/2017

Einleitend gibt Herr Oberbürgermeister Ebling bekannt, dass der Ortsbeirat Mainz- Bretzenheim, die Vorlage mehrheitlich abgelehnt habe, dies jedoch in der jetzigen Phase der Beratung unerheblich sei, da der Stadtrat – und vorberatend auch der Ortsbeirat – noch mindestens zweimal mit der Angelegenheit betraut würden.

In Kenntnis dieses Sachverhalts beschließt der Stadtrat mit Mehrheit zum o. g. Bebauungsplanverfahren:

1. das Bauleitplanverfahren im beschleunigten Verfahren nach § 13 a BauGB durchzuführen,
2. die Vorlage in Planstufe I,
3. die Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB im Aushangverfahren,
4. auf die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gemäß § 13 a Abs. 2 Nr. 1 BauGB zu verzichten,
5. die Beteiligung der Behörden nach § 4 Abs. 2 BauGB gemäß § 13 a Abs. 2 Nr. 1 BauGB.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 17.01.2017.

- Punkt 64** **Bauleitplanverfahren "Neuer Quartiersplatz (N87)"**
a) Flächennutzungsplanänderung Nr. 39 der Stadt Mainz im Bereich des Bebauungsplanentwurfes "Neuer Quartiersplatz (N 87)"
hier: Einstellung des Änderungsverfahrens
b) Bebauungsplanentwurf "Neuer Quartiersplatz (N 87)"
hier: -Erneuter Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 BauGB,
-Durchführung des Bauleitplanverfahrens im beschleunigten
Verfahren gem. § 13 a BauGB,
-Durchführung der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB
-Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gem. § 4a Abs. 2 BauGB
zeitgleich zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: 0019/2017

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich zu o.g. Bauleitplänen

Zu a) Flächennutzungsplanänderung Nr. 39 der Stadt Mainz im Bereich des Bebauungsplanentwurfes "Neuer Quartiersplatz (N 87)":

Die Einstellung des Änderungsverfahrens

Zu b) Bebauungsplanentwurf "Neuer Quartiersplatz (N 87)":

1. Erneuter Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 BauGB.
2. Die Durchführung des Bauleitplanverfahrens im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB.
3. Die Durchführung der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB.
4. Die Beteiligung der Behörden nach § 4 Abs. 2 BauGB während der öffentlichen Auslegung gemäß § 4 a Abs. 2 BauGB.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 17.01.2017.

- Punkt 65** **Bauleitplanverfahren "F 90" (Planstufe II)**
Bebauungsplanentwurf "Elmerberg (F 90)";
hier: - erneuter Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB i. V. m.
§ 1 Abs. 8 BauGB
- Vorlage in Planstufe II
- Durchführung der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB
Vorlage: 0025/2017

Der Stadtrat beschließt einstimmig – bei vier Enthaltungen – zu dem o. g. Bauleitplanverfahren:

1. den erneuten Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB i. V. m. § 1 Abs. 8 BauGB,
2. die Vorlage in Planstufe II,
3. die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 17.01.2017.

Punkt 66 **Gutenberg-Museum**
hier: Vorstellung der Vorplanung
Vorlage: 0057/2017

Bei Aufruf dieses Tagesordnungspunktes beantragt Stadtratsmitglied Dorn getrennte Abstimmung der Sätze 1 und 2 bei Ziffer 3 des Ergänzungsantrages der CDU.

Der Stadtrat nimmt die Vorplanung der Maßnahme zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung mehrheitlich, auf dieser Basis weiterzuarbeiten.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 19.01.2017.

Punkt 66.1 **Ergänzungsantrag zur Verwaltungsvorlage 0057/2017 "Gutenberg-Museum -**
Vorstellung der Vorplanung" (CDU)
Vorlage: 0250/2017

Entsprechend des Antrages von Stadtratsmitglied Dorn wird über die einzelnen Punkte des Ergänzungsantrages wie folgt abgestimmt:

Die Ziffern 1, 2 und 4 werden bei einer Gegenstimme beschlossen. Ziffer 3 Satz 1 wird bei drei Gegenstimmen beschlossen. Ziffer 3 Satz 2 wird bei fünf Gegenstimmen beschlossen.

Punkt 67 **Übertragung des Fastnachtsarchivs an den Förderverein Mainzer**
Fastnachtmuseum e.V.
Vorlage: 1755/2016

Der Stadtrat beschließt einstimmig, das Fastnachtsarchiv entsprechend der erstellten Vereinbarung dem Förderverein Mainzer Fastnachtmuseum e.V. als Eigentum zu übertragen.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 11.01.2017.

B) Ohne Stimmrecht des Vorsitzenden

Punkt 68 Besetzung von Ausschüssen und sonstigen Gremien

Punkt 68.1 Ergänzung von Gremien Vorlage: 0001/2017

Der Stadtrat wählt einstimmig bzw. entsendet die nachfolgenden Personen in die jeweiligen Ausschüsse und sonstigen Gremien.

1. Schulträgerausschuss

(10 25 07 / 85)

Auf Vorschlag der Verwaltung wird

Lars Pommeränicke

in das o. g. Gremium gewählt.

Auf Vorschlag der SPD-Stadtratsfraktion wird als Nachfolger von Herrn Kondakji

StRM Dr. Matthias Dietz-Lenssen

in das o. g. Gremium gewählt.

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN wird als Nachfolger von Frau Littig

StRM Martin Schykowski

in das o. g. Gremium gewählt.

2. Werkausschuss KDZ

(10 25 07 / 53)

Auf Vorschlag des Personalrates werden als Nachfolger von Frau Schell und Frau Brenner-Brand als Mitglied bzw. Stellvertretung

Bettina Brenner-Brand bzw.
Felix Schwalm

als beratende Mitglieder in das o. g. Gremium gewählt.

Auf Vorschlag der SPD-Stadtratsfraktion werden als Nachfolger von Herrn Kondakji und Herrn Quis

StRM Dr. Matthias Dietz-Lenssen und

Sascha Fricke

in das o. g. Gremium gewählt.

3. Sozialausschuss

(10 25 07 / 96)

Auf Vorschlag der SPD-Stadtratsfraktion wird als Nachfolger von Herrn Kondakji

StRM Dr. Matthias Dietz-Lenssen

in das o. g. Gremium gewählt.

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN wird als Nachfolger von Frau Tesfamariam

StRM Martin Schykowski

in das o. g. Gremium gewählt.

4. Sportausschuss

(10 25 07 / 92)

Auf Vorschlag der SPD-Stadtratsfraktion wird als Nachfolger von Herrn Kondakji

StRM Dr. Matthias Dietz-Lenssen

in das o. g. Gremium gewählt.

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN wird als Nachfolger von Herrn Viering

StRM Martin Schykowski

in das o. g. Gremium gewählt.

5. Verkehrsausschuss

(10 25 07 / 179)

Auf Vorschlag der SPD-Stadtratsfraktion wird als Nachfolger von Herrn Kondakji

StRM Dr. Matthias Dietz-Lenssen

in das o. g. Gremium gewählt.

6. Beirat für Migration und Integration

(10 25 07 / 26)

Auf Vorschlag der SPD-Stadtratsfraktion wird als Nachfolger von Herrn Kondakji

StRM Dr. Matthias Dietz-Lenssen

in das o. g. Gremium gewählt.

7. Wirtschaftsausschuss

(10 25 07 / 46)

Auf Vorschlag der SPD-Stadtratsfraktion wird als Nachfolger von Herrn Quis

Sascha Fricke

in das o. g. Gremium gewählt. Diese Wahl gilt auch für den Verwaltungsrat AGEM.

8. Kulturausschuss

(10 25 07 / 42)

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN wird als Nachfolger von Frau Littig

Gunther Heinisch

in das o. g. Gremium gewählt.

9. Kuratorium Gutenbergpreis

(10 25 07 / 101)

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN wird als Nachfolger von Frau Littig

Gunther Heinisch

in das o. g. Gremium gewählt.

10. Kuratorium Gutenbergstipendien

(10 25 07 / 132)

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN wird als Nachfolger von Frau Littig

Gunther Heinisch

in das o. g. Gremium gewählt.

11. Jury V.-O.-Stomps-Preis

(10 25 07 / 71)

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN wird als Nachfolger von Frau Littig

Gunther Heinisch

in das o. g. Gremium gewählt.

12. Jury Förderung Mainzer bildender Künstler

(10 25 07 / 74)

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN wird als Nachfolger von Frau Littig

Gunther Heinisch

in das o. g. Gremium gewählt.

13. AG Kindertagesstätten des JHA

(10 25 07 / 33-24)

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN wird als Nachfolger von Frau Littig

StRM Martin Schykowski

in das o. g. Gremium gewählt.

14. Jugendhilfeausschuss

(10 25 07 / 33-0)

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN wird als persönliche Stellvertretung von Frau Jaensch

StRM Martin Schykowski

in das o. g. Gremium gewählt.

Auf Vorschlag der SPD-Stadtratsfraktion wird als Nachfolger von Herrn Kondakji

StRM Dr. Matthias Dietz-Lenssen

in das o. g. Gremium gewählt.

15. Ausschuss für Frauenfragen

(10 25 07 / 55)

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN wird als Nachfolger von Frau Littig

StRM Ruth Jaensch

in das o. g. Gremium gewählt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 08.02.2017.

Punkt 68.2 Besetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten etc. **Vorlage: 0249/2017**

Der Stadtrat wählt/ entsendet/ benennt einstimmig die nachfolgenden Mitglieder und Stellvertretungen:

Beirat PMG Parken in Mainz GmbH

Auf Vorschlag der SPD-Stadtratsfraktion wird

Herr Dr. Matthias Dietz-Lenssen
Gemeindehohl 22
55127 Mainz

für das o.g. Gremium benannt.

Die Benennung von Herrn Amin Kondakji als Beiratsmitglied wird widerrufen.

Verwaltungsrat Wirtschaftsbetrieb Mainz AöR

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen wird als Nachfolger von StRM Christian Viering

Herr Martin Schykowski

in das o.g. Gremium gewählt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 06.02.2017.

Ende der Sitzung: 18:20 Uhr

gez. Michael Ebling
Vorsitz

gez. Detlef Blessing
Schriftführung